

José Maria Sison hinter Gittern

Am 28. August 2007 wurde der 68-jährige Gründungsvorsitzende der kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) und politische Berater der Nationalen Demokratischen Front (NDF) im Staatsgefängnis von Scheveningen in Den Haag inhaftiert. Ihm wird vorgeworfen, von Utrecht aus, wo er seit zwei Jahrzehnten im Exil lebt, die Ermordung zweier hochrangiger Exgenossen angeordnet zu haben. Am 31. August verfügte der Haftrichter nach einer ersten Anhörung, dass Sison zunächst zwei weitere Wochen hinter Gittern bleibt. Er befindet sich in verschärfter Einzelhaft, nur sein niederländischer Anwalt Michiel Pestman darf ihn besuchen.

Sisons Festnahme erfolgte zeitgleich mit der Durchsuchung der

Privatwohnungen von sieben Mitarbeitern des Büros der National Democratic Front (NDF) in Utrecht, die bereits seit Jahren die niederländische Staatsbürgerschaft besitzen. Auch das Büro wurde durchsucht, sowie PCs und Materialien konfisziert. Die philippinische Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo und die US-Botschafterin in Manila, Kristie Kenney zeigten sich höchst erfreut über Sisons Festnahme. Erst im Juli hatte ein europäisches Gericht in erster Instanz angeordnet, Sison von der EU-Liste ausländischer Terroristen zu streichen. Die EU hat Sison jedoch bereits im Juni 2007 erneut in eine aktualisierte Liste aufgenommen.

vgl. PDI, 30.7.07, Philstar 31.8.07

Arroyo will Kommunisten Amnestie gewährleisten

Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo hat am 6. September 2007 eine Amnestieerklärung unterzeichnet, die kommunistische Rebellen dazu bringen soll, ihre Waffen niederzulegen.

Laut Jesus Dureza, Friedensberater der Präsidentin, wird die Amnestie Mitglieder der kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), ihres bewaffneten Arms der Neuen Volksarmee (NPA), ihres Dachverbands der Nationalen Demokratischen Front (NDF), sowie andere kommunistische Rebellenorganisationen umfassen. Auch linke Parteilistenrepräsentanten, wie beispielsweise Satur Ocampo der Parteiliste Bayan Muna, können in das Amnestieprogramm mitaufgenommen werden, so Dureza. Denn nicht nur das Verbrechen der Rebellion sondern auch alle anderen Vergehen »bei der Verfolgung politischer Überzeugungen«, sollen vom Amnestieprogramm abgedeckt werden. Sogenannte »Verbrechen gegen die Keuschheit«, Vergewaltigung, Folter, Geiselnahme, der Gebrauch von und Handel mit illegalen Drogen und andere aus Eigeninteresse

begangene Verbrechen sowie die Verletzung internationaler Gesetze oder Konventionen sollen von der Amnestie ausgenommen sein, »auch wenn sie angeblich zur Verfolgung politischer Überzeugungen begangen wurden«.

Personen, die sich in das Amnestieprogramm aufnehmen lassen wollen, bekommen vom Nationalen Komitee für soziale Integration (National Committee on Social Integration – NCSI) ein Amnestiezertifikat ausgestellt. Anschließend soll von Fall zu Fall geprüft werden, ob die Amnestie bewilligt wird.

Die Regierung verspricht sich von dem Amnestieprogramm eine Beschleunigung und den schnellen Abschluss der auf Eis liegenden Friedensverhandlungen mit der kommunistischen NDF.

Die Präsidentin kündigte die Bereitstellung von 500 Millionen Pesos (ca. acht Millionen Euro) für die »soziale Integration« der Rebellen an. Bevor die Amnestieproklamation umgesetzt werden kann, muss der Kongress jedoch noch seine Zustimmung geben. Die NDF lehnt das Amnestieprogramm ab.

vgl. PDI, 5.9.07, 7.9.07

Krieg auf dem Sulu-Archipel

In Folge der seit Juli andauernden Gefechten zwischen der Regierung und den Abu Sayyaf mussten allein auf der Insel Basilan etwa 14.000 Menschen aus ihren Dörfern fliehen. Im Krieg gegen die etwa 200 Personen starke Terrororganisation Abu Sayyaf kämpfen 5.000 Soldaten der philippinischen Armee. Immer wieder werden auch Einheiten der *Moro Islamic Liberation Front* (MILF) und *Moro National Liberation Front* (MNLF) trotz bestehender Waffenstillstands- und Friedensabkommen in Kampfhandlungen verwickelt. Der Friedensprozess in Mindanao ist durch die Militärkampagne gegen die Abu Sayyaf stark bedroht. So wurden die auf den 21. August angesetzten Friedensgespräche zwischen der MILF und der Regierung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Der neue Verteidigungsminister Gilberto Teodoro Jr. sowie die Präsidentin sprachen sich gegen ein Ende der militärischen Offensive aus. Die Kampfhandlungen in Basilan würden mit größter Vorsicht vorgenommen um Kollateralschäden zu vermeiden, so ließ Teodoro verlauten. Zivile Opfer habe es bei mehreren Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und »gesetzeslosen« Elementen nicht gegeben.

Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und Kirchen hingegen kritisieren die Gefährdung der Zivilbevölkerung und drängen auf eine nichtmilitärische Lösung. So gab beispielsweise der Bischof von Jolo, Angelito R. Lampon, an, dass ein großer Teil der evakuierten Zivilbevölkerung auf Grund der Kampfhandlungen zur Zeit nicht versorgt werde, da die Sicherheit der Helfer nicht gewährleistet sei.

vgl. Phil Star, 22.8.07, 3.9.07

Hello Again, Garci

Der ehemalige Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes Sergeant Vidal Doble Jr. hat in einem Video die Echtheit der »Garci Tapes« bestätigt. Senator Panfilo Lacson hatte das Video in einer Rede im Senat gezeigt. Nun wird die Untersuchung der »Hello Garci« – Affäre durch den Senat neu aufgenommen.

Präsidentin Arroyo war im Frühjahr 2005 unter massiven Druck geraten, nachdem Tonbandaufnahmen aufgetaucht waren, in denen sie dem Wahlbeauftragten für Mindanao, Garcillano nahe legt, ihr zu gewährleisten, mit einer Millionen Stimmen Vorsprung zu gewinnen.

Quellen: PCIJ, 23.8.07

Petition gegen Gen-Reis

Greenpeace und *Searice* (*Southeast Asia Regional Initiatives for Community Empowerment*) stellten im August einen Antrag auf eine richterliche Verfügung gegen die Verwendung von genetisch modifizierten Reis vor dem Gericht in Quezon City. Beide streben zudem eine vorübergehende einstweilige Verfügung an, die die kommerzielle Verwendung des genmanipulierten Reis LL62 von Bayer verhindern soll.

Greenpeace und *Searice* stellen vor allem die Verfassungsmäßigkeit der vom Landwirtschaftsministerium festgelegten Richtlinien für die Anerkennung und Verwendung von genetisch modifizierten Organismen (GMO) in Frage. Die Verfassung fordert bei der Entscheidung über öffentlichen Angelegenheiten die Befragung der Bevölkerung. Bei Entscheidungen über Grundnahrungsmittel sind Bürger/innen jedoch de facto ausgeschlossen.

Quellen: PDI, 23.8.07

Oberster Gerichtshof untersucht politische Morde

Der Oberste Gerichtshof hat vom 16.-18. Juli auf Initiative seines Vorsitzenden Reynato Puno ein zweitägiges Gipfeltreffen zu den politischen Morden und Entführungen abgehalten. An dem Gipfeltreffen nahmen 250 Personen aus Politik, Zivilgesellschaft, dem Militär und der Polizei teil. Die meisten Referenten/innen wiesen auf die politischen Hintergründe der Mordfälle und auf Verbindungen zu Sicherheitskräften hin. Der Armeechef General Hermogenes Esperon Jr. wies diese Vorwürfe jedoch zurück und bestritt, dass es eine Politik der gezielten Morde an Zivilisten gäbe.

Der Gipfel hat das Profil des Obersten Gerichtshofes im Kampf gegen außergerichtliche Hinrichtungen gestärkt, insbesondere Puno wurde in der Öffentlichkeit für sein entschiedenes Eintreten für eine juristische Bearbeitung der Morde gelobt.

Belastende Zeugen für eine Verwicklung von Sicherheitskräften in die Serie politischer Morde sind die Brüder Raymond and Reynaldo Manalo. Die zwei Bauern, die über 18 Monate verschwunden waren und Ende August 2007 wieder auftauchten, gaben an, im Frühjahr 2006 von einer unter

dem Befehl des berüchtigten Generalmajors a.D. Jovito Palparan stehenden Militäreinheit entführt und 18 Monate lang fast täglich physisch und psychisch gefoltert worden zu sein. Mit Hilfe der Free Legal Assistance Group haben sie den Obersten Gerichtshof um Zeugenschutzmaßnahmen gebeten. Ihr Fall hat auch deshalb Aufsehen erregt, weil sie angegeben haben, während ihrer Haft Zeugen von Mordfällen an Studentenaktivisten geworden und von Jovito Palparan persönlich befragt worden zu sein. Zudem berichteten drei anonyme Generäle von einer Militärbesprechung auf Führungsebene im Jahr 2005, in der »außergerichtliche Tötungen« an politischen Aktivist/innen besprochen worden seien.

Seit dem Machtantritt von Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo im Jahre 2001 wurden nach Angaben von Task Force Usig, einer Polizeieinheit deren Aufgabe die Klärung außergerichtlicher Hinrichtungen ist, 115 Tötungsfälle bekannt, während die Commission on Human Rights von 403 Personen spricht. Die Menschenrechtsorganisation Karapatan berichtet von bisher 863 Morden.

vgl. PCIJ 18.7.07, 23.7.07, 26.8.07, PDI 16.7.07

Anti-Terror-Gesetz – auf Unklarheiten gebaut

Am 15. Juli 2007 ist das umstrittene Anti-Terrorismogesetz »Human Security Act« in Kraft getreten. Die Anwälte der Free Legal Assistance Group (FLAG) kritisieren, dass der Gesetzestext teilweise inkohärent, zusammenhangslos

und unorganisiert ist und weisen auf die Gefahren des HSA hin: Das Gesetz erlaube präventive Verhaftungen, erweitere die Befugnisse zur Verhaftung ohne Haftbefehl, sowie unkontrollierte Eingriffe in die Privatsphäre, Persönlichkeits- und Grundrechte. Personen, die des Terrorismus verdächtigt werden, können ohne Haftbefehl bis zu drei Tagen fest-

gehalten werden. Ebenfalls wird kritisiert, dass der Terrorismusbegriff in dem Gesetz unzureichend definiert ist. Menschenrechtsorganisationen befürchten eine Zunahme von Folter in Haft, sowie Verhaftungen von Mitgliedern legaler linker Parteien und Organisationen. Menschenrechtsorganisationen und Anwaltsbüros sammeln gegenwärtig Unterschriften, um das Gesetz über den obersten Gerichtshof zu stoppen. Ende Juli hatten bereits 29 Organisationen bei den Verfassungshütern Beschwerde eingelegt.

vgl. Asia Times, 18.7.07, PCIJ-Blog 20.7.07